

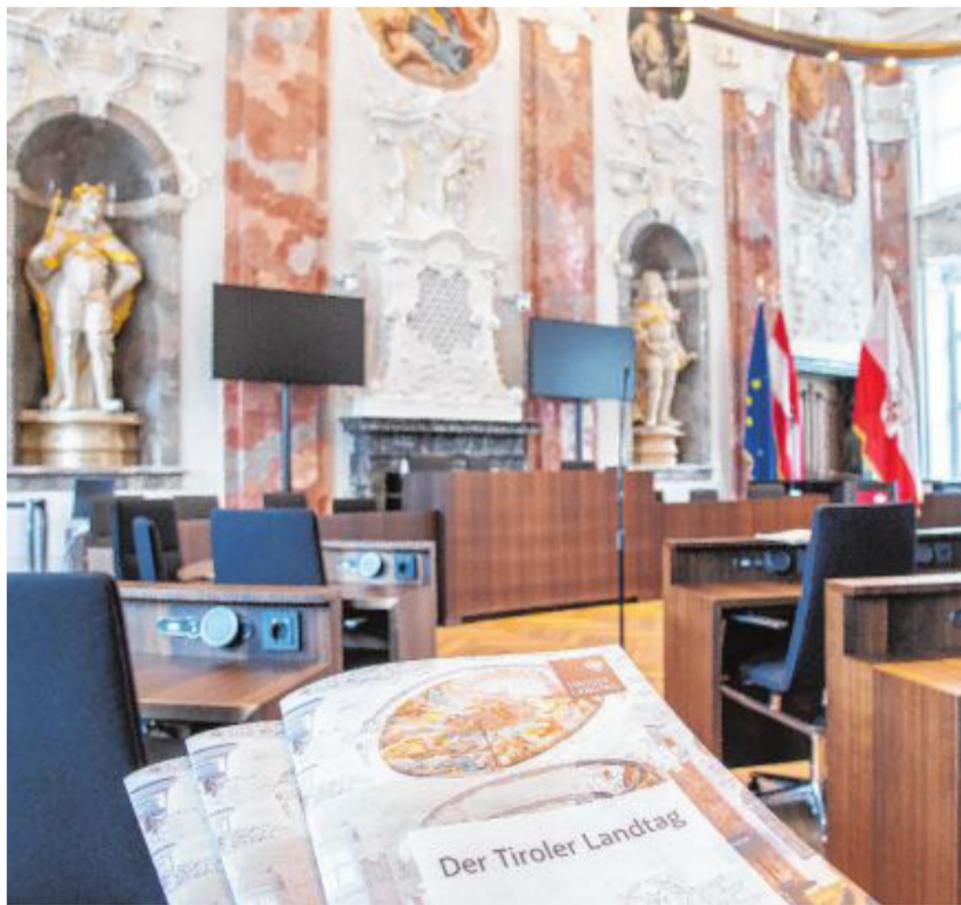
Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 36

Von 02.September bis

08.September 2024



Bereits in der ersten Sitzung des Landtags nach der Sommerpause dürfte die Opposition dem Landesrechnungshof neue Arbeit verschaffen. Foto: Falk

Opposition schaltet Rechnungshof ein

Nach Dornauer-Affäre: Landesprüfer sollen Reisen der Landesregierung ins Visier nehmen.

Innsbruck – Hinter den Kulissen soll noch daran gebastelt werden. Und auch der detaillierte Umfang könnte sich noch ändern. Doch wie der *TT* aus gut informierten Kreisen bestätigt wird, will die Opposition im Tiroler Landtag wieder einmal gemeinsam aktiv werden. Und das hat Gründe.

Konkret geht es um einen Dringlichkeitsantrag, mit welchem FPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS in der ersten Sitzung des Landtags nach der Sommerpause im Oktober eine Sonderprüfung durch den Landesrechnungs-

hof (LRH) in die Wege leiten wollen. Rechtlich ist dies möglich – dieses Minderheitenrecht steht der Opposition in ihrer aktuellen mandatsmäßigen Stärke zu.

Hintergrund

Dem Vernehmen nach soll der Prüfauftrag die Reise-tätigkeit der schwarz-roten Landesregierung seit 2022 umfassen. Und zwar sowohl die In- als auch die Auslandsreisen von Landeshaupt-

mann Anton Mattle (VP), LHStv. Georg Dornauer (SP) sowie den übrigen sechs Regierungsgliedern.

Im Fokus des Prüfinteresses sollen dabei – wenig überraschend – die im Zuge dieser Dienstreisen entstandenen Kosten und deren Zweckmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit und Sparsamkeit stehen.

Auslöser des kurzfristigen oppositionellen Schulterschlusses dürfte die „Karten-Affäre“ von LHStv. Georg Dornauer sein. Wie die *TT* ausführlich berichtete, muss sich Dornauer aktuell u. a.

bei der Staatsanwaltschaft Innsbruck für die Annahme von vier Tickets des Tiroler Fußballverbandes für die diesjährige Fußball-Europameisterschaft in Deutschland rechtfertigen. Bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft waren zwei anonyme Anzeigen eingegangen.

Dornauer war im Juni mit zwei Büromitarbeitern offiziell in seiner Funktion als Sportlandesrat nach Berlin geflogen, um ein Spiel zu besuchen. Die Reisekosten wurden vom Land getragen. (*mami*)



Reinhard Halder, Geschäftsführer des Jugendlandes, will die Kündigung vom Land Tirol intern besprechend und analysieren.

Foto: MeinBezirk

Oppositionsparteien fordern rasche Aufklärung

Das Land Tirol hat den Vertrag mit einer Betreuungseinrichtung für Kinder und Jugendliche, der in Innsbruck ansässigen Jugendland GmbH, gekündigt. Die Einrichtung verantwortete die Führung von acht Wohngemeinschaften mit rund 70 Plätzen. Jugendland will „intern beraten und bewerten“. „Die Betreuung ist weiterhin sichergestellt“, versicherte die Soziallandesrätin Eva Pawlata in der Tiroler Tageszeitung. In einer Übergangszeit soll neben ausgesuchten Trägern der sogenannten vollen Erziehung (Kinder- und Jugendhilfe) die landeseigene Kinder und Jugend GmbH damit beauftragt werden, die Kinder und Jugendlichen weiter zu betreuen. Parallel dazu erfolge die Ausschreibung für die Neuvergabe der Betreuung und den Betrieb der Wohngemeinschaften. Jugendland-Geschäftsführer Reinhard Halder bestätigte gegenüber der APA den Schritt des Landes und sprach von einer „überraschenden Situation“.

Aufklärung gefordert

Aufklärung in der Causa forderten die Oppositionsparteien FPÖ und Liste Fritz. FPÖ-Jugendsprecher und Landtagsabgeordneter Daniel Marschik kritisierte in einer Aussendung die „Nicht-Einbeziehung des Tiroler Landtags und den Alleingang der Soziallandesrätin Pawlata rund um die Auflösung der Verträge.“

Dies sei „inakzeptabel“. „Es kann nicht sein, dass der Tiroler Landtag bei derartigen Entscheidungen nicht informiert und eingebunden wird. Vor allem, weil die wirtschaftlichen Probleme der Organisation Pawlata schon länger bekannt waren“, erklärte Marschik. Für Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint hat Pawlata ebenfalls „Aufklärungsbedarf“. Die Landesrätin müsse „gute Gründe haben und vorlegen können.“ „Jedenfalls darf sie diese Kündigungsgründe nicht für sich behalten. Es geht um Kinder, um Jugendliche und auch um Mitarbeiter. Es gehören alle Fakten auf den Tisch“, verlangte Sint, der vor allem auch wissen wollte, wie lange die Landesregierung aus ÖVP und SPÖ schon von den „wirtschaftlichen Problemen“ wusste und was sie dagegen tat.

Tirol sei „säumig“

Insgesamt würden sich in Tirol beim Thema Kinder und Jugendliche die Baustellen häufen, kritisierten wiederum die Grünen. Pawlata sei wiederholt „säumig“, erklären die Nationalratsabgeordnete Barbara Neßler und Landtagsabgeordnete Zeliha Arslan in einer Aussendung. Sie forderten neben dem Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe sowie von Krisendiensten den Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Beratungsstellen und die Schaffung von niederschweligen Zugängen zu psychologischer Unterstützung.

Mehr Mitspracherecht bei Aushubdeponien

Gemeinden wird nun bei geplanten Deponien Parteistellung eingeräumt – Scharnitz wartet auf BH-Entscheid

Eine Gesetzesnovelle zum Abfallwirtschaftsgesetz gibt den Gemeinden in Tirol künftig mehr Mitsprache. So erhalten diese nun unter anderem auch eine Parteistellung bei Bodenaushubdeponien unter 100.000 m³. Für „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint ist das ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht der große Wurf, den die Gemeinden brauchen. „Mitsprache ist das eine, die Hebel in der Hand zu halten aber das andere!“, fordert Sint nicht nur ein Mitspracherecht für die Gemeinden, sondern eine wirkliche Entscheidungskompetenz.

Von Gebi G. Schnöll

In mehreren Tiroler Gemeinden kämpfen derzeit Bürger und Dorfchefs gegen geplante Bodenaushubdeponien an. Unter anderem auch in Scharnitz, wo in der Nähe des Waldfriedhofs eine Aushubdeponie geplant ist, die in den nächsten 20 Jahren mit rund 45.000 Kubikmetern nicht mehr verwertbarem Mate-



Fast 300 besorgte Bürger haben sich im Juli vor dem Scharnitzer Gemeindeamt versammelt und lautstark gegen die geplante Aushubdeponie protestiert.

RS-Foto: Anika/Schnöll

spracherecht erhalten, ist eine der langjährigen grundlegenden Forderungen der „Liste Fritz“. Klubobmann Markus Sint dazu: „Das kann der Landtag jederzeit beschließen, dazu braucht es nur eine einfache Mehrheit. Seit sechs Jahren beantragt die „Liste Fritz“ im Landtag eine Sonderflächenwidmung für Bodenaushubdeponien durch die Gemeinde. ÖVP und Grüne haben diese Lösung bisher blockiert, jetzt sind es die ÖVP und SPÖ“, so Sint, für den in diesem Zusammenhang überhaupt keine Verhältnismäßigkeit gegeben ist. „Wenn du in Tirol eine Garage bauen willst, brauchst du nicht nur eine Widmung von der Gemeinde, sondern auch eine Bauverhandlung und einen Baubescheid! Bei Deponien, zu denen zehntausende LKW zu- und abfahren, die die Bevölkerung mit Lärm, Staub und Dreck belasten sowie wertvolle Flächen, Wiesen und

Wälder vernichten, braucht es aber keine Widmung der Gemeinde. Das ist absurd, nicht nachvollziehbar und überhaupt nicht sinnvoll! Diese totale Ungleichbehandlung ist endlich zu stoppen!“

„LISTE FRITZ“: BEDARFSPRÜFUNG FÜR DEPONIE IST NOTWENDIG. „Natürlich braucht es endlich eine Bedarfsprüfung! Denn es vergeht mittlerweile kein Monat ohne neue Ansuchen für Bodenaushubdeponien in ganz Tirol. Alleine in den letzten zwei Jahren wurden rund 1,9 Millionen Quadratmeter Grund und Boden für Bodenaushubdeponien verbraucht. Diesen Wildwuchs gilt es zu stoppen, weil die vorhandenen Kapazitäten derzeit bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind“, fordert Sint. „Im Bezirk Imst gibt es gegenwärtig freie Deponiekapazitäten, also freies Füllvolumen, für die nächsten 14 Jahre. Und auch in anderen Bezirken verhält es sich ähn-

lich. In Innsbruck Land gibt es freie Kapazitäten für die nächsten sieben Jahre, im Bezirk Kulstain für zehn Jahre und im Bezirk Reutte gar für 15 Jahre! Bevor man neue Deponien genehmigt, ist es gescheiter, zuerst diese freien Kapazitäten zu nutzen und zu befüllen“, sagt Sint. Für ihn ist es vollkommen unsinnig, dass man neue Deponien genehmigt, während bestehende Deponien gar nicht befüllt werden. „Deshalb verlangt die „Liste Fritz“ eine Bedarfsprüfung. Nur wenn tatsächlicher Bedarf vorhanden ist, kann man über neue Standorte reden“, so Sint, für den auch bei den Bedarfsprüfungen keine Verhältnismäßigkeit besteht. „Bei jedem neuen Bordell wird eine Bedarfsprüfung gefordert, bei einer Deponie aber nicht. Da fehlt die Verhältnismäßigkeit! Diesen Unsinn gilt es abzustellen! Es geht uns um die Bevölkerung in unserem Land, um ihren Natur-, Wirtschafts- und Lebensraum“, so Sint abschließend.

miet-lagerboxen

Nähere Infos unter
www.risa-lagerbox.at



Gewerbepark RISA | Sagl 2a | 6410 Telfs

rial befüllt werden soll. Die BH Innsbruck muss demnächst entscheiden, ob die Deponie genehmigt wird oder nicht. Dass die Gemeinden bei Bodenaushubdeponien mehr Mit-



Die Initiatoren der Protestaktion wollen die Aushubdeponie mit allen Mitteln verhindern.

4./5. September 2024

OBERTONE

Kammermusikstage

18. – 22. SEPTEMBER 2024
STIFT STAMS, BERNARDISAL

chamber music
wonderland

MUSIKER VON WELTKLASSE ZU GAST IN STAMS

Tickets: Klosterladen Stams, Touristenservice Telfs, Miesing, Innsbruck und www.obertone.at

2 Jahre warten auf OP: Lösung in Sicht

Nach „Krone“-Bericht hat sich was bewegt: Patient erhielt Termin in anderem Spital. Für weitere Fälle bessere Planung gefordert.

Herr Heidegger (Name geändert) hat ein Wechselbad der Gefühle hinter sich. Vor Kurzem noch stand der Tiroler unter Schock, weil ihm an der Klinik Innsbruck erst in zwei Jahren ein Operationstermin für seinen Narbenbruch in Aussicht gestellt worden war. Die „Krone“ berichtete über den Extremfall. Fehlendes Personal wurde als Grund für die lange Wartezeit angegeben. Herr Heidegger war verzweifelt, hatten ihm doch Vertrauensärzte zum Eingriff geraten.

Plötzlich Angebote von gleich zwei Spitälern

Der Patient wandte sich an Liste Fritz-Parteichefin LA Andrea Haselwanger-Schneider und an die „Krone“. Der Fall wurde öffentlich. Und daraufhin kam einiges in Bewegung, die Tirol Kliniken vermittelten dem Patienten ein Termin im Krankenhaus Hall. Auch vom Krankenhaus Schwaz erhielt Herr Heidegger das Angebot, dort bei Bedarf operiert zu werden. Eine Untersuchung später ist eine Lösung für den Tiroler in Sicht. „Ich habe noch im September einen Operationstermin in Schwaz“, berichtet der Patient zutiefst erleichtert.

Dringlichkeitsantrag im Tiroler Landtag

Die rasche Lösung ist für Herrn Heidegger erfreulich. Sie wirft aber auch die Frage auf, ob es an der Ko-



Wegen Personalmangel an der Chirurgie in Innsbruck gab es für einen Tiroler kürzlich eine schockierende Auskunft.

Foto: Christof Böhmann



11

Foto: Christof Böhmann

Durch das öffentliche Aufzeigen und den politischen Druck der Liste Fritz konnte ein Fall gelöst werden, andere bleiben weiter ungelöst. Die Landesregierung muss dringend handeln.

Andrea Haselwanger-Schneider, Liste Fritz

ordination zwischen Kliniken, Krankenhäusern, Abteilungen fehlt? „Das tut es“, ist LA Haselwanger-Schneider überzeugt und kündigt einen Dringlichkeitsantrag im nächsten Landtag an: „Wir fordern die Koordination der Spitäler untereinander ein. Es muss zum Standard werden, dass Patienten wissen, wo sie sich hinwenden sollen.“ Es dürfte nicht sein, dass Patienten mit Ängsten und Schmerzen jahrelang auf einen OP-Termin warten.

Tirol Kliniken arbeiten an der Abstimmung

Zumindest in den Häusern der Tirol Kliniken könnte es bald Verbesserungen geben. „Wir arbeiten an einer standortübergreifenden OP-Terminkoordination“, heißt es auf „Krone“-Anfrage. Fachbereiche, die an mehreren Standorten angeboten werden, sollen künftig ihre freien Kapazitäten besser abstimmen.

Claudia Thurner

ANZEIGE

Hoch die Hände Wochenende.

NFL LIVE | Heute 19:00
oder streamen auf RTL+

RTL

IKB verteidigt die lokalen Wasserpreise

Die Liste Fritz erhielt Beschwerden über den hohen Wassertarif in Innsbruck – die IKB nahm Stellung dazu.

Zu hohe Wassertarife in Innsbruck? Die Liste Fritz hat anscheinend zahlreiche Beschwerden über den hohen Wassertarif in Innsbruck erhalten. Daraufhin verglich die Liste die Tarife mit anderen Gemeinden in Tirol und stellte eine Anfrage an Bürgermeister Johannes Anzengruber, um Klarheit über die Zusammensetzung und Kalkulation des Tarifs zu bekommen. Anzengruber verwies lediglich auf aktienrechtliche Bestimmungen der IKB, was für die Liste Fritz keine konkrete Antwort darstellte. „Bgm. Anzengruber verweigert, obwohl er

Eigentümerversreter der IKB ist, die Antwort mit dem Hinweis, dass die Stadt das Wasserwerk bereits vor 30 Jahren an die Innsbrucker Kommunalbetriebe verkauft hat und diese aufgrund aktienrechtlicher Bestimmungen keine Auskunft erteilen dürfen“, so Liste Fritz-Gemeinderat Tom Mayer.

Das Statement der IKB

Die MeinBezirk Redaktion fragte nach Erhalt der Presseaussendung der Liste Fritz bei der IKB zum Thema Wassertarife nach: „Der Wasserpreis ist in der Regel in Städten höher als in kleineren Gemeinden. Das liegt daran, dass im urbanen Bereich der Ausbau und die Instandhaltung der Leitungsinfrastruktur aufgrund des Verkehrsaufkommens und der Einbautendichte im Untergrund aufwändiger ist. Unter den öster-



Sind die Preise für Wasser in Innsbruck zu hoch? Foto: stock.adobe.com/Oleksandr

reichischen Landeshauptstädten ist der Innsbrucker Wasserpreis der drittgünstigste. Außerdem übernimmt in Innsbruck die IKB größtenteils die Kosten für die Erneuerung der Wasserhausanschlüsse – in vielen Gemeinden ist es üblich, dass die Kosten für die Erneuerung der Hausanschlüsse größtenteils von den Kundinnen und Kunden zu tragen sind.“

Hört, hört

Ab September vorerst keine Wochenend-HNO-Versorgung am Krankenhaus in Zams

(aha!) Mit der Pensionierung des HNO-Arztes Dr. Johann Öfner in Imst können die beiden Facharztkollegen in Landeck und Telfs die Wochenendbetreuung von HNO-Patienten am KH Zams aufgrund des zu erwartenden Mehraufwandes nicht mehr aufrechterhalten. Vorübergehend muss am Wochenende in die Universitätsklinik für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde in Innsbruck ausgewichen werden.

Der in Imst niedergelassene HNO-Facharzt Dr. Johann Öfner tritt Anfang September in den Ruhestand. Bislang konnte trotz intensiver Bemühungen seitens Dr. Öfner und seiner Facharztkollegen Dr. Franz Reisigl in Landeck und Dr. Edmund Hofer in Telfs keine Nachfolge gefunden werden. Ein Umstand, der dazu führt, dass Dr. Reisigl und Dr. Hofer als niedergelassene HNO-Ärzte ab September mit deutlicher Mehrarbeit in ihrem privaten Ordinationen konfrontiert werden. Alle drei Mediziner verantworten als sogenannte Konsiliarärzte zuletzt auch die entsprechende Fachversorgung im Krankenhaus St. Vinzenz Zams. Die drei Spezialisten sind den Patienten zur Notfallbehandlung in der Vergangenheit ein Sonn- und



Durch eine anstehende Pensionierung im niedergelassenen HNO-Fachgebiet ergeben sich auch vorübergehende Änderungen für HNO-Patienten des KH Zams. Foto: Privatfoto

Feiertagen im Krankenhaus zur Verfügung gestanden.

VORERST KEINE WOCHENENDBETREUUNG VON HNO-PATIENTEN IM KH ZAMS. Durch die Reduktion auf zwei verfügbare Fachärzte und den zu erwartenden Mehraufwand der beiden Mediziner in ihren niedergelassenen Ordinationen lässt sich eine 24-Stunden-Versorgung an sieben Tagen die Woche ab September vorerst nicht mehr aufrechterhalten. „Dr. Reisigl und Dr. Hofer sind exzellente Ärzte. Sie stoßen in Anbetracht der Lücke, die durch

den wohlverdienten Ruhestand von Dr. Öfner und die bislang erfolglosen Anstrengungen zur Nachbesetzung seiner niedergelassenen Facharztstelle entsteht, jedoch an die Grenzen ihrer zeitlichen Möglichkeiten“, erklärt der Geschäftsführer des Krankenhauses St. Vinzenz Zams, Dipl.-KH-Bw. Bernhard Guggenbichler.

WOCHENENDBETREUUNG AN UNI-KLINIK INNSBRUCK. Der medizinische Leiter des KH Zams, Primar Univ.-Prof. Dr. Ewald Wöll, hat angesichts dieser Entwicklung frühzeitig Kontakt mit dem Lei-

ter der Universitätsklinik Innsbruck aufgenommen. „Der Austausch mit Univ.-Prof. Dr. Benedikt Hofauer war und ist sehr gut und ausgesprochen konstruktiv. Wir können den aktuellen Engpass durch die traditionell positive Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik dahingehend entschärfen, dass wir eine Lösung für eine Betreuung an den Wochenenden gefunden haben. Patientinnen und Patienten werden, beginnend ab September jeweils ab Freitag, 14 Uhr, über die Universitätsklinik für Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde in Innsbruck betreut werden. Wochentags stehen wir im Krankenhaus Zams von Montag, 7.30 Uhr, bis Freitag, 14 Uhr, regulär zur Verfügung“, so Dr. Wöll.

ANSTRENGUNGEN ZUR NACHBESETZUNG. An einer Lösung für die nachzubesetzende Stelle im niedergelassenen Bereich werde mit Nachdruck gearbeitet. Das Tiroler Oberland biete als Standort einer fachärztlichen HNO-Ordination nachhaltig gute Perspektiven. Diese Ausgangssituation und die gemeinschaftlichen Bemühungen aller Verantwortlichen ließen eine vorsichtig optimistische Prognose zu, dass die Nachbesetzung der vakanten Stelle absehbar gelingen sollte. „Wir möchten bei dieser Gelegenheit Dr. Öfner für seine langjährige ausgezeichnete Arbeit in unserem Haus danken und wünschen ihm für die Zeit nach seiner aktiven Berufskarriere alles Gute und viel Gesundheit. Ob fachlich oder menschlich, er wird uns in jeder Hinsicht fehlen. Unser Dank gilt weiters Dr. Richard Pauer, der uns ebenfalls über viele Jahre unterstützt hat und im Jahr 2021 als Konsiliararzt im Krankenhaus in den Ruhestand getreten ist“, so Wöll und Guggenbichler.

MONTAG, 2.9.2024

19:00 Uhr

Rotes Kreuz Zams

INFOABEND

Ausbildung zum Rettungssanitäter




ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ
INNSBRUCK

An Liebe zum Menschen.